(Abgeordneter Krauße.)

(A) hat. Wenn sich ein Berginspektionsbeamter von jedem xbeliebigen Schutzmann oder irgendwem Dinge erzählen läßt und dann glaubt, diese Erzählungen in den amtlichen Berichte niederlegen zu können, meine Herren, dann kann man ihn wirklich nur bedauern. Ich meine, ich bin während der Ausstandsbewegung mitten in der Bewegung gestanden. Mir ist nicht ein einziger Menschen- oder Massenauflauf bekannt, wo der vollständige Verkehr der Straße gesperrt worden wäre. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätten wir mindestens mit Bestrafungen nach dieser Richtung hin zu rechnen gehabt. Keine einzige Beschwerde der dortigen Polizei und der zahlreich anwesenden Gendarmen ist uns bekannt geworden, die dahin ausgesprochen worden wäre.

Und dann, meine Herren, ist die Gendarmerie nicht erst gekommen, als nach dem Berichte der Inspektion sozusagen die Massenaufläufe stattgefunden haben, nein, die Gendarmerie war gewissermaßen früher da, als der Streik ausgebrochen war. Die Gendarmen sind gewissermaßen das unbedingte Eigentum der Lohnbewegungen, und so ist es auch im Lugau-Ölsnitzer Reviere gewesen. Diese einzelnen Darlegungen der Bergbehörden beruhen entweder auf vollständigem Irrtum und Unkenntnis oder, was ich nicht annehme, es sind Unwahrheiten, die hier geschrieben worden sind.

(B) **Präsident** (unterbrechend): Herr Abgeordneter Krauße, Sie dürfen auch nicht — Sie haben dies vorhin schon getan — von einem amtlichen Schriftstücke der Regierung sagen, daß es Unwahrheiten enthalte. Sie können sagen, daß es Unrichtigkeiten enthält, aber der Vorwurf der Unwahrheit setzt nach allgemeiner Auffassung bei dem, gegen den er sich richtet, die Absicht voraus, eine den Tatsachen widersprechende Aussage zu machen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Nur in diesem Sinne wird der Ausdruck „Unwahrheit" im parlamentarischen Leben verstanden und ist deshalb unstatthaft. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

Abgeordneter Krauße (fortfahrend): Meine Herren! Dann heißt es weiter, daß die in dem Reviere vorhandenen Organe — und man nimmt besonders Bezug auf den Verband der Bergarbeiter — die Auswanderung der dortigen Arbeiter begünstigt hätten. Auch dieses muß ein Irrtum sein. Ich, als dortiger Vertreter der Arbeiterorganisationen, müßte mindestens Kenntnis davon haben, wenn die Bergarbeiterorganisationen die Auswanderung nach Rheinland-Westfalen nach dem Streik in irgend einer Form begünstigt hätten. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, wir haben es den auswärtigen Agenten verweigert, Inserate in unserer Presse erscheinen zu lassen. Wir haben (C) versucht, die Arbeiter unter allen Umständen hier zu halten, weil wir ganz genau wissen, daß auch anderwärts nicht das Gold ohne weiteres in die Taschen der Arbeiter fließt. Ich meine, meine Herren, wie die Berginspektion noch dazu kommt, sich über den Lohnausfall der Arbeiter aufzuregen, gewissermaßen ihr Bedauern auszusprechen, daß die Bergarbeiter in Schulden geraten seien, das kann ich einfach nicht verstehen, sondern ich kann hier erklären, daß die Bergarbeiter auf dieses Mitleid ohne weiteres verzichten, was auch nach dem Streik in Versammlungen, als der Bericht hier erschienen war, ohne Zweifel zum Ausdruck gekommen ist.

Meine Herren! Nun noch einige andere Fragen! Vor allen Dingen spielt in dem Berichte der Berginspektionen aller Reviere, nicht nur im Lugau-Ölsnitzer Reviere, sondern aller sächsischen Bergreviere, sowie auch im Jahrbuche für Berg- und Hüttenwesen die Frage der Sicherheitsmänner eine sehr große Rolle. Als wir vor einigen Jahren hier im Landtage anläßlich der Beratung der Berggesetzgebung uns auch über die Bedeutung der Sicherheitsheitsmänner im Bergbau beschäftigten, haben wir, ohne Zweifel zu lassen, hervorgehoben, wie die Sicherheitsmänner aussehen müssen, welche Rechte sie haben sollen und müssen, wenn sie den Zweck erfüllen sollen, zu dem sie damals geschaffen (D) worden sind. Meine Herren! Damals ist von seiten der Regierung — vor allen Dingen war es der Herr Ministerialdirektor Geheime Rat Dr. Wahle — gesagt worden, man dürfe den Sicherheitsmännern nicht zu viel Rechte geben, sie dürften nicht als selbständige Beamte in Frage kommen, und er befürchtete, daß sie gewissermaßen zu politischen Dingen ausgenutzt würden. Aber ich kann Ihnen heute versichern, nachdem wir einige Jahre der Tätigkeit der Sicherheitsmänner hinter uns haben, ist bis ins kleinste das eingetroffen, was wir damals hier in diesem Hause hervorgehoben haben. Was in allen Parlamenten, in Preußen und überall, wo die Sicherheitsmänner eingeführt wurden, von unserer Seite gesagt worden ist, das trifft auch auf das Königreich Sachsen in vollem Maße zu. Die Sicherheitsmänner sind eben nicht das, was sie sein sollen, sie sind eben — verzeihen Sie den Ausdruck! — weiße Salbe geblieben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben den Bergwerksbesitzern nichts geschadet, denen sie ja auch nichts schaden sollten, sie sind aber durch ihre Tätigkeit auch nie in der Lage gewesen, irgendwie Einfluß auf die Verringerung der Unfälle auszuüben.